

Niederschrift über die Einwohnerversammlung am Mittwoch, dem 21. Januar 2004 in der Aula der Grundschule Tangstedt

Beginn: 19.35 Uhr
Ende: 21.45 Uhr

Im Versammlungsraum waren ca. 100 Personen anwesend, darunter Gemeindevertreter/innen und bürgerliche Mitglieder.

Die Versammlung wurde durch Bürgervorsteher Meier geleitet. Von seiten der Verwaltung nahmen ferner teil: Bürgermeister Schreitmüller, VA Buhmann, AR Friederich, VA Lamp, VA Ralf und VA Hochsprung.

Als Gäste bzw. Redner nahmen teil: Herr Dierking, Landschaftsplaner.

Zur Einwohnerversammlung war durch Einladung vom 06.01.2004, veröffentlicht in der Norderstedter Zeitung am 10.01.2004, eingeladen worden.

Tagesordnung:

1. Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Landschaftsplanes für die Gemeinde Tangstedt gemäß § 6 Abs. 1 Landschaftsplan-VO
2. Finanzsituation der Gemeinde Tangstedt

Bürgervorsteher Meier begrüsst die Einwohner/innen, die Gäste, die Mitglieder der Gemeindevertretung und der Ausschüsse sowie die Verwaltung. Er informiert darüber, dass ein Antrag mit 4 Anregungen vorliege.

Danach übergibt er das Wort an Bürgermeister Schreitmüller, der zunächst den Ablauf einer Einwohnerversammlung erläutert.

TOP 1: Frühzeitige Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Landschaftsplanes für die Gemeinde Tangstedt gemäß § 6 Abs. 1 Landschaftsplan-VO

Bürgermeister Schreitmüller führt ins Thema ein. Er weist darauf hin, dass Herr Dierking, Landschaftsplaner, heute den Landschaftsplan ohne den Bereich Kiesabbau vorstellen werde. Das Büro Dierking sei mit der Ausarbeitung des Landschaftsplanes Tangstedt für das Gemeindegebiet beauftragt worden. Für den Teilbereich des „Kiesabbaugebietes Wilstedter See“ habe die Gemeinde das Büro Bielfeldt und Berg mit der Erarbeitung des Teil-Landschaftsplans „Wilstedter See“ beauftragt.

Landschaftsplaner Dierking weist darauf hin, dass die Aufstellung eines Landschaftsplanes eine gesetzliche Pflichtaufgabe sei. Gemäß dem Landesnaturschutzgesetz haben die Gemeinden die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des

Naturschutzes auf der Grundlage des Landschaftsrahmenplans und unter Beachtung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung flächendeckend in Landschaftsplänen darzustellen. Bei dem Landschaftsplan handele es sich um einen „Fachplan“ auf der Ebene eines F-Planes, der keine Rechtsverbindlichkeit habe. Erst durch Beschluss der Gemeindevertretung könne er in einen F-Plan oder B-Plan übernommen werden. Herr Dierking weist ausdrücklich darauf hin, dass der Landschaftsplan nicht in die „Grundrechte“, hier Eigentumsrechte, eingreifen könne.

Herr Dierking erläutert die Landschaftsplanung anhand der als Anlage beigefügten Folien.

Im Anschluss daran findet eine Diskussionsrunde statt.

- Herr Lorenz fragt an, wie die B-Pläne 26 und 27 Eingang in den Landschaftsplan finden. Herr Dierking erläutert, dass der Landschaftsplan grundsätzlich zu ändern sei, wenn sich Änderungen ergeben. Insoweit werden die B-Pläne in die Planungen ebenso wie der Kiesabbau einfließen.
- Prof. Plettenberg, Sprecher der Bürgerinitiative INKAW, fragt an, warum die Eignungsflächenuntersuchung, die Ende Januar vorliegen solle, nicht abgewartet worden sei, um eine Einwohnerversammlung durchzuführen. Bürgermeister Schreitmüller verweist darauf, dass die Daten für die Aufstellung des Landschaftsplanes schon relativ alt (1997/98) seien. Die Gemeinde beabsichtige, nach Auswertung des Gutachtens zur Eignungsflächenuntersuchung für Kiesvorkommen die für den Abbau geeigneten Flächen in einem Parallelverfahren zu dem jetzt zu beschliessenden Landschaftsplanverfahren gegebenenfalls einzuarbeiten. Herr Dierking ergänzt, dass es wichtig sei, dass das öffentlich-rechtliche Verfahren in Gang komme. Eine Einarbeitung des Themas Kies könne auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.
- Herr Reitzig bittet Bürgervorsteher Meier die Diskussion zum Kiesvorkommen zu beenden, da eingangs darauf hingewiesen worden sei, dass dieses nicht erörtert werden solle. Bürgervorsteher Meier weist darauf hin, dass die bisher gestellten Fragen auch den Landschaftsplan berühren.

Bürgervorsteher Meier verliest den Antrag mit den 4 Anregungen von Herrn Dieter Scheidt, der als Anlage dieser Niederschrift beigefügt ist.

Auf Bitte von GV Stielau nimmt Herr Dierking als Sachverständiger zu den Anregungen Stellung. Bürgervorsteher Meier weist darauf hin, dass gem. § 12 der Hauptsatzung Anregungen und Vorschläge als angenommen gelten, wenn für sie die Stimmen von mindestens 50 % der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner abgegeben werden. Danach stellt Bürgervorsteher Meier die Anregungen einzeln zur Abstimmung.

Beschluss:	1 Anregung	2 Anregung	3 Anregung	4 Anregung
Von ca. 100 anwesenden EW	30 Ja-Stimmen	30 Ja-Stimmen	19 Ja-Stimmen	12 Ja-Stimmen

Alle 4 Anregungen haben nicht die erforderliche Mehrheit erreicht.

Es findet eine kurze Pause von 20.45 –21.00 Uhr statt.

TOP 2: Finanzsituation der Gemeinde Tangstedt

Bürgermeister Schreitmüller erläutert die Finanzsituation der Gemeinde Tangstedt anhand der als Anlage beigefügten Folien.

Im Anschluss daran findet eine Diskussionsrunde statt.

- Frau Pongs fragt an, wodurch die Gewerbesteuereinnahmen so stark gesunken seien. Durch das neue Nahversorgungszentrum werden doch sicherlich neue Gewerbesteuer-einnahmen erwartet. Bürgermeister Schreitmüller informiert, dass die Gewerbesteuer schwer zu kalkulieren sei. Dieses hänge von finanziellen Maßnahmen der einzelnen Unternehmen ab.
- Frau Burmester-Hoffmann regt an, dass die Wohnsituation der Obdachlosen und Asylanten so schnell wie möglich verbessert werden sollte. Bürgermeister Schreitmüller weist auf seine Ausführungen hin, wonach dieses seines Erachtens 2005 realisiert werden sollte.
- Frau Egging stellt fest, dass die Gemeinde einen hohen Anteil an Einkommensteuer-einnahmen aufweise und regt an die Prioritätensetzung Gewerbesteuer ./.. Einkommenssteuer im Hinblick auf den Wunsch der Einwohner/innen auf naturnahes Wohnen zu überdenken. Bürgermeister Schreitmüller nimmt Bezug auf die schlechte Haushaltslage und die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen der Gemeinde. Durch die Ansiedlung von Gewerbebetrieben sei es grundsätzlich möglich Einnahmen zu erzielen. Fehlende Finanzmittel müssten ansonsten von den Einwohnerinnen und Einwohnern direkt erhoben werden.
- Herr Dahlbeck weist darauf hin, dass er festgestellt habe, dass in den vergangenen Jahren die kleineren Betriebe nach und nach geschlossen haben. Er begrüsst daher die Ansiedlung der Unternehmen im Nahversorgungszentrum, die zu neuen Gewerbesteuer-einnahmen führe.

Mit einem Dank an die Anwesenden schliesst Bürgervorsteher Meier um 21.45 Uhr die Sitzung.

Vorsitzender

Protokollführerin